

Klimaschutz in Amerika ohne «Kyoto»

Engagement von Gliedstaaten und Unternehmen

*Von Anne Arquit Niederberger**

Der amerikanische Präsident Bush hält trotz Druck von verschiedenen Seiten an seiner Ablehnung des Kyoto-Protokolls zur Reduktion der Treibhausgasemissionen fest. In Amerika selber tut sich allerdings mehr, als diese internationale Debatte vermuten lässt. Sowohl Gliedstaaten wie Unternehmen werden im Klimaschutz selber aktiv.

Der amerikanische Präsident Bush denkt trotz ständig wiederkehrenden Appellen aus anderen Ländern nicht daran, das Klimaprotokoll von Kyoto zu ratifizieren. In der amerikanischen Klimapolitik bewegt sich aber mehr als je zuvor, mehr auch als während der Clinton-Administration. Alle Zeichen deuten auf eine Trendwende in der Haltung der Amerikaner gegenüber dem Klimaschutz hin. Das zeigte auch eine Tagung der Swiss Re kürzlich in New York, an der Firmen aus verschiedensten Sektoren über ihre freiwilligen Klimaschutzmassnahmen berichteten. Alcoa zum Beispiel, der weltgrösste Produzent von Aluminium und Aluminiumprodukten, hat seine Treibhausgasemissionen seit 1990 um 23 Prozent gesenkt und erwartet als Folge seiner Emissionsreduktionen ab 2006 Kosteneinsparungen von 100 Millionen Dollar jährlich.

Freiwilliges Vollzugsregime

British Petroleum wiederum hat ihr erstes Klimaschutzziel – eine 10-prozentige Reduktion der Treibhausgasemissionen zwischen 1990 und 2010 – im Jahr 2002 frühzeitig erreicht und sich zu neuen, verschärften Zielen verpflichtet. Die Emissionen von BP sind rund doppelt so gross wie diejenigen der Schweiz. Mit BP Solar wurde die BP-Gruppe zudem zu einem der grössten Hersteller von Solarzellen weltweit. Und bei DuPont – mit ihrem 200-jährigen Bestehen eine

der ältesten Firmen der USA überhaupt – ist das Management überzeugt, dass die Einführung des Programms «zero waste», bei dem alle Abfälle als Kosten betrachtet werden, das Geschäft positiv beeinflussen wird. Während der letzten zehn Jahre hat die Firma ihre Treibhausgasemissionen um 63 Prozent gesenkt, obwohl die Produktion im gleichen Zeitraum um 35 Prozent gestiegen ist und das Gewinnwachstum seit drei Dekaden nie so hoch war.

Diese Firmen haben durch konkrete Taten gezeigt, dass es möglich ist, signifikante Emissionsreduktionen zu erzielen, und zwar ohne negative oder gar mit positiven finanziellen Folgen. Die erzielten Reduktionen – sogar in energieintensiven Sektoren oder der Erdölbranche, wo es bis vor kurzem hiess, dass die Energiesparmöglichkeiten bereits ausgeschöpft würden – sind viel grösser als die Kyoto-Verpflichtung der USA (minus 6 Prozent zwischen 1990 und 2012) und wurden schon jetzt erzielt. Die Firmen betonen jedoch, dass die längerfristig notwendigen einschneidenden Reduktionen nur möglich sind, wenn faire Rahmenbedingungen geschaffen werden, welche ihre wichtigsten Konkurrenten im In- und Ausland einbeziehen, und der Handel mit Emissionsrechten auf der Basis von gesetzlich festgelegten Emissionsrechten eingeführt wird, wie dies das Kyoto-Protokoll auf internationaler Ebene tut.

Deshalb wurde von ungefähr 30 Firmen die Chicago Climate Exchange (Klimabörse) lanciert. Durch diese private Initiative soll für die Periode

2003 bis 2006 ein freiwilliges Vollzugsregime geschaffen werden, um ein Emissionshandelssystem für Treibhausgase zu entwickeln und zu erproben. Die Unternehmen, welche am Konzept mitgearbeitet haben und für rund 675 Megatonnen Kohlendioxidemissionen verantwortlich sind (rund das 13fache der Emissionen der Schweiz), werden demnächst eingeladen, Verpflichtungen für die Pilotphase abzuschliessen. Nicht nur Firmen aus den USA nehmen daran teil, sondern auch aus Kanada und Mexico. Am 17. Juli haben sodann die Staatsanwälte von 11 Gliedstaaten inklusive Kalifornien und New York Präsident Bush in einem Brief aufgefordert, die Regierungspolitik betreffend Klimaänderungen zu überdenken. Die Staatsanwälte sind für den Vollzug der Umweltschutzgesetzgebung verantwortlich. Sie ziehen Rechtsklagen gegen die Administration in Betracht, falls sie sich weiterhin weigern sollte, Klimaschutzmassnahmen auf nationaler Ebene zu ergreifen. Die Gliedstaaten sind zwar bereit, eine führende Rolle zu übernehmen. Sie sind jedoch überzeugt, dass ein griffiger Ansatz auf nationaler Ebene effizientere Lösungen ermöglichen würde, welche längerfristig einen besseren Schutz für die amerikanische Volkswirtschaft bieten.

Initiativen im Kongress

In der Zwischenzeit haben bereits 27 amerikanische Gliedstaaten Klimaschutzstrategien oder Aktionspläne entwickelt oder in Angriff genommen, um Treibhausgasemissionen zu reduzieren. Oregon hat im Jahr 1997 mit der Einführung von Standards für Kohlendioxidemissionen für neue Kraftwerke, die eine zirka 17-prozentige Reduktion der Netto-Emissionen bringen, eine Vorreiterrolle übernommen. Die Reduktion kann durch Klimaschutzprojekte erzielt werden, welche auf Wunsch vom Oregon Climate Trust vermittelt werden. Im Mai 2001 begrenzte Massachusetts die Emissionen von Kohlendioxid (CO₂) seiner sechs grössten Kraftwerke, welche 40 Prozent des gesamten Stroms liefern.

Ein Jahr später führte New Hampshire ein

Gesetz ein, welches die CO₂-Emissionen der Kraftwerke bis zum Jahr 2010 auf dem Niveau von 1990 begrenzt und den Handel mit Emissionsrechten einführt. Der Staat New Jersey will seine Treibhausgasemissionen zwischen 1990 und 2005 um 3,5 Prozent reduzieren; auch New York zieht eine Kohlenstofflimite in Betracht. In Kalifornien werden die Kohlendioxidemissionen der Personenwagen durch strenge Flottenverbrauchsstandards für Neuwagen ab dem Modelljahr 2009 gesenkt. Da Kalifornien rund 20 Prozent des amerikanischen Marktes für Personenautos repräsentiert, wird diese Gesetzgebung einen grossen Einfluss auf die amerikanischen Autohersteller und die verkehrsbedingten Emissionen haben. Auch in Washington wird das Thema Klimaschutz immer häufiger aufgegriffen. Im 107. Kongress (2001/2002) wurden mehr als 30 Anhörungen zum Thema Klimaschutz durchgeführt und über 50 Gesetzesvorlagen vorbereitet, die sich mit Klimaänderungen oder Klimaschutz befassen – doppelt so viele wie 1999/2000 und über siebenmal mehr als 1997/1998. Dies deutet darauf hin, dass ein überparteilicher Konsens in gewissen Fragen möglich werden könnte.

Interessen der Aktionäre

Die vom amerikanischen Senat verabschiedete Energy Policy Act schliesst eine «Climate Change Strategy and Technology Innovation Act» ein, welche die Entwicklung einer amerikanischen Klimaschutzstrategie und die Etablierung eines klimapolitischen Büros im Exekutivbüro des Präsidenten verlangt. Darüber hinaus planen der demokratische Senator Joe Lieberman aus Connecticut und der Republikaner John McCain aus Arizona, noch in diesem Jahr eine Gesetzesvorlage zu entwerfen, welche eine absolute Grenze für die nationalen Treibhausgasemissionen und ein nationales Emissionshandelssystem einführen würde. Weitere Geschäfte betreffen unter anderem die Berichterstattung und Offenlegung der Treibhausgasemissionen durch die Unternehmen, erneuerbare Energiequellen und Energieeffizienz,

Kohlenstoffaufnahme durch landwirtschaftliche Böden, Verbrauchsstandards für neue Personautos und die Teilnahme der USA am Kyoto-Protokoll.

Neben Wirtschaft und Politik üben auch Aktionäre Druck zur Einrichtung einer verantwortungsvollen Klimapolitik aus. Ein Beispiel sind die zahlreichen «Shareholder Resolutions», die zunehmend an Akzeptanz gewinnen. Ein Beispiel ist die Resolution einer katholischen Investorengruppe bei ExxonMobil, welche im Mai 2002 von 20,3 Prozent Aktionären unterstützt wurde. Der Antrag hätte die Erdölfirma ExxonMobil zu einem Aktionsplan für den Einbezug von erneuerbaren Energiequellen verpflichtet; zahlreiche Investoren glauben nämlich, dass das Management in Bezug auf das

Klimaproblem unnötige Risiken eingehe und gleichzeitig Chancen verpasse, welche zu langfristigen Einbussen von Shareholder-Value in der Grössenordnung von 100 Milliarden Dollar führen könnten. Es scheint daher, dass die Ablehnung des Klimaprotokolls von Kyoto durch die Bush-Administration von der amerikanischen Realität bald in den Hintergrund gedrängt werden könnte. Die Amerikaner sind innovativ und wollen ihre Technologien im globalen Wettbewerb anbieten können.

* Die Autorin ist Inhaberin der Beratungsfirma Policy Solutions mit Sitz in Hergiswil und New York und ist auf Fragen des Klimaschutzes und der Kyoto-Mechanismen spezialisiert.